

Jan Martin LIES / Stefan MICHEL (Hg.), Politik – Religion – Kommunikation. Die schmalkaldischen Bundestage als politische Gesprächsplattform (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 137). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2022. 317 S. ISBN 978-3-525-55464-7. Geb. € 90,-

Der Band dokumentiert die Ergebnisse einer 2019 in Mainz stattgefundenen Tagung, bei der das Thema in drei Aspekten behandelt wurde. Ausgehend von verschiedenen Vorformen entstand nach dem Augsburger Reichstag von 1530 der Schmalkaldische Bund, dem Mitglieder aus allen Kurien des Reichstags angehörten, weshalb der Bund zu einer Art Nebenreichstag geriet. Der Bund hatte deshalb auch eine Außenperspektive, da neben der Konzilsfrage auch die Möglichkeit europäischer Bündnisse erwogen werden musste. Nach innen ging es um die Aushandlung einer evangelischen Politik, um das Verhältnis der Bündnispartner zueinander.

Im ersten Teil werden Vorüberlegungen angestellt. Beate Kusche untersucht die verschiedenen Formen politischer Verständigungen im Reich in der Frühen Neuzeit, die unterschiedliche Bezeichnungen erhalten haben, wie Einung, Bündnis oder Erbverbrüderung. Den Weg zur Gründung des Schmalkaldischen Bundes in verschiedenen Gesprächen der evangelischen Stände in den 1520er Jahren beschreibt Ulrike Ludwig. Das Verhältnis des Schmalkaldischen Bundes zur Reichsverfassung analysiert Georg Schmidt. Über diese Verfassung war man sich freilich nicht einig, was sich etwa in der Frage des Widerstandsrechts der Fürsten gegenüber dem Kaiser zeigte. Im Ergebnis wurde aber deutlich, dass der Bundesschluss den monarchischen Bestrebungen Karls V. zu widerstehen vermochte.

In einer Rückblende vergleicht Horst Carl die Tagungen des Schwäbischen Bundes mit denen des Schmalkaldischen. Es zeigt sich, dass der Schwäbische Bund in der Tradition der Landfriedensbünde stand, während sich der Schmalkaldische als ständeübergreifendes Militärbündnis darstellte. Daran anschließend verweist Christian V. Witt auf die Bedeutung der Selbstbezeichnung der Schmalkaldener als „Protestierende“, sowohl im reichsrechtlichen wie im religiösen Sinne.

Die Beiträge des zweiten Teils des Sammelbandes befassen sich mit der Außenperspektive des Schmalkaldischen Bundes. Jan Martin Lies zeigt, dass nicht der Bund insgesamt als politischer Akteur auftrat, sondern vielmehr die beiden Bundeshauptleute, der Kurfürst von Sachsen und der Landgraf von Hessen. Die Bedeutung des Frankfurter Bundestags 1539 mit dem dort erreichten Anstand lässt den Bund nach Christopher Voigt-Roy nun schon als Repräsentanten der Augsburger Religionsverwandten erkennen. Die Auswirkungen des Schmalkaldischen Bundes auf die Altgläubigen untersucht Klaus Unterburger, wobei sich diese als Wechselspiel zwischen politischen und religiösen Bestrebungen darstellten.

Der wenig erforschten europäischen Bedeutung des Schmalkaldischen Bundes geht Harriet Rudolph nach. Auf vielen Bundestagen waren Vertreter der wichtigsten europäischen Mächte, namentlich Frankreich und England, zugegen. Das Interesse steigerte sich mit zunehmender Institutionalisierung des Bundes. Doch waren es in erster Linie die Bundeshauptleute, die Beziehungen zu auswärtigen Mächten unterhielten, nicht so sehr der Bund als solcher. Hierbei spielte die Bündnisfrage im Verhältnis zum Kaiser eine wichtige Rolle. Die Konzilsfrage, so Armin Kohnle, beschäftigte die Bundestage nur gelegentlich. Insgesamt schloss man sich hier der Auffassung der beiden Bundeshauptleute an.

Die Bundestage waren dann auch, so der dritte Teil des Bandes, der Ort des Konflikt-austrags innerhalb des Bundes. Die Stellung des albertinischen Sachsen zum Bund wird von Konstantin Enge dargelegt. Nach dem Tod des altgläubigen Herzogs Georg wurden die

Herzöge Heinrich und Moritz zu Sonderkonditionen in den Bund aufgenommen. Dies führte folgerichtig zu Spannungen und unter Moritz zu einer Entfremdung durch seine eigenen Interessen und letztlich zu seinem Eintreten für den Kaiser im Schmalkaldischen Krieg. Das Verhältnis von Reichsstädten zu Reichsfürsten im Schmalkaldischen Bund beleuchtet Thomas Lau. Die Reichsstädte trugen die Hälfte des finanziellen Aufwands, besaßen aber nicht das symbolische Kapital, das die Fürsten als solche in die Waagschale werfen konnten. Andererseits genossen die Städte im Bund einen gewissen Schutz, weil sie hier in ein größeres Ganzes und in ein kommunikatives Netzwerk eingliedert waren.

Die Frage des Umgangs mit dem Kirchengut sorgte unter den Mitgliedern des Schmalkaldischen Bundes für Diskussionen, die von Stefan Michel aufgezeigt werden. Es konnten immerhin Leitlinien erarbeitet werden, die dazu führten, dass das Kirchengut allgemein zum Aufbau reformatorischer Kirchentümer, für Pfarreien, Schulen und Armenwesen verwendet wurde.

Der Band hat eine Reihe von Desideraten bearbeitet, die trotz einer guten Forschungslage beim Thema „Schmalkaldischer Bund“ nach wie vor bestanden. Ein Orts- und Personenregister erschließt die gebotenen Beiträge. Ebenso findet sich ein Verzeichnis, das die Mitarbeiter vorstellt; nützliche Beigaben, die man nicht selten vermissen muss.

Hermann Ehmer

Ronald G. ASCH, *Vor dem großen Krieg. Europa im Zeitalter der spanischen Friedensordnung 1598–1618*. Darmstadt: wbg Academic 2020. 446 S., 15 s/w Abb. ISBN 978-3-534-27222-8. Geb. € 60,-

Der an der Universität Freiburg lehrende Verfasser legt eine reife Studie über die Zeit „vor dem Großen Krieg“ in den Jahren 1598 bis 1618 vor. In acht Kapiteln, zu denen die Einleitung hinzukommt, wird dieser Zeitraum eingehend erörtert, in dem Spanien die europäischen Religionskriege des 16. Jahrhunderts beendete und mit Frankreich, England und den niederländischen Vereinigten Provinzen Frieden schloss, um zuletzt durch die fragile Friedensordnung dennoch in den Dreißigjährigen Krieg hineingezogen zu werden.

Das erste Kapitel stellt die Frage nach der Friedensordnung für Europa, als sich die spanische Offensivpolitik Philipps II. als undurchführbar herausstellte und der König 1598 kurz vor seinem Tod in Vervins unter päpstlicher Vermittlung mit Frankreich Frieden schloss. Erzherzog Albrecht, der seit 1596 als Statthalter die südlichen Niederlande regiert hat, die er dann als Mitgift seiner Ehefrau erhielt, hat dabei eine bedeutende Rolle gespielt. Er hatte seinen Schwiegervater zu diesem Kompromiss mit Heinrich IV. von Frankreich gedrängt, um dem Problem des Zweifrontenkrieges gegen Frankreich und die nördlichen Niederlande zu entgehen. Der Kampf hatte durch die benötigten Finanzmittel mit zu den finanziellen Schwierigkeiten Spaniens geführt. Dazu stellten sich die Ständeversammlungen Spaniens gegen diesen Finanzbedarf. Der spanisch-französische Separatfrieden führte im Lauf der folgenden Jahre zur Beilegung oder Einhegung weiterer Konflikte.

Aufschlussreich werden die Auseinandersetzungen zwischen der Kriegs- und Friedenspartei am englischen Hof auf dem Weg zum Ende des spanisch-englischen Konflikts behandelt, der 1604 durch den Friedensvertrag zwischen Jakob I. von England und Philipp III. von Spanien sowie Erzherzog Albrecht beendet wurde. Wie der Friede von Vervins war auch dieser Friedensvertrag eher ein Waffenstillstand denn ein tatsächlicher Friedensvertrag. Zuletzt kam es zum Waffenstillstand mit den nördlichen Niederlanden im April 1609.